

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 18.02.2009**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:18 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	OB	
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	in Vertretung für Frau Isa Weiß
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	in Vertretung für Herrn Gottfried Koehn
Herr Johannes Krause	SPD	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	
Herr Tom Wolter	MitBürger	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG	
Herr Tobias Kogge	BG	
Herr Wolfram Neumann	BG	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw	
Herr Thomas Willecke	Verw	
Herr Steffen Drenkelfuß	Verw	
Frau Dorit Schmidt	Verw	
Frau Annemarie Kraft	Verw	

Gast:

Frau Katharina Brederlow	Verw
--------------------------	------

Entschuldigt fehlen:

Frau Isa Weiß	CDU
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 51. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, folgende Tagesordnungspunkte abzusetzen:

- TOP 5.3. Abschluss eines Konzessionsvertrages über die Fernwärmeanlagen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2009/07736
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.4. Namensänderung des Kindergartens Am Breiten Pfuhl des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07673
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.5. Baubeschluss Ausbau der Delitzscher Straße, Teilabschnitt zwischen Kanenaer Weg und Schönnewitzer Straße
Vorlage: IV/2008/07262
gleiche Voten in den Fachausschüssen

Weiterhin liege zum TOP 5.2 „Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)“, Vorlage: IV/2008/07420 ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor:

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
(IV/2008/07420)
Vorlage: IV/2009/07815

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass sie unter dem TOP 8 - Mitteilungen u. a. über die Erkenntnisse zum Konjunkturpaket II informieren werde und Herr Bürgermeister Dr. Pohlack über das Ergebnis der Gespräche zum Friedhof Halle-Neustadt.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.01.2009
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 Abschluss eines Städtepartnerschaftsvertrages zwischen der Stadt Halle (Saale) (Bundesrepublik Deutschland) und der Stadt Jiaxing (VR China)
Vorlage: IV/2009/07768
 - 5.2 Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07420
 - 5.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) (IV/2008/07420)
Vorlage: IV/2009/07815
 - 5.2.2 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Bodo Meerheim (DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle) zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) - Vorl.: IV/2008/07420
Vorlage: IV/2009/07830 während der Sitzung gestellt
 - 5.3 *Abschluss eines Konzessionsvertrages über die Fernwärmeanlagen der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: IV/2009/07736 *abgesetzt*
 - 5.4 *Namensänderung des Kindergartens Am Breiten Pfuhl des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: IV/2008/07673 *abgesetzt*
 - 5.5 *Baubeschluss Ausbau der Delitzscher Straße, Teilabschnitt zwischen Kanenaer Weg und Schönnewitzer Straße*
Vorlage: IV/2008/07262 *abgesetzt*
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1 Information zum Steinzeitspielplatz am Rosa-Luxemburg-Platz
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.01.2009

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 50. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 21.01.2009.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 50. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 21.01.2009 in der vorliegenden Fassung.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Abschluss eines Städtepartnerschaftsvertrages zwischen der Stadt Halle (Saale) (Bundesrepublik Deutschland) und der Stadt Jiaxing (VR China) Vorlage: IV/2009/07768

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, erläuterte eingangs zusammenfassend den Verlauf des Besuches der Delegation aus Jiaxing im Dezember letzten Jahres in Halle.

Seitens der Vertreter aus Jiaxing wurde deutlich gemacht, dass ein großes Interesse bestehe, diese Städtepartnerschaft abzuschließen und Kontakte mit halleschen Unternehmen, u. a. aus den Bereichen der Wasserver- und -entsorgung, aufzunehmen.

Durch die wirtschaftlichen Veränderungen und der klaren politischen Verhältnisse in China wäre es seines Erachtens für die halleschen Unternehmen auch möglich, auf internationaler Ebene Geschäfte abzuschließen.

Die offizielle Unterzeichnung des Städtepartnerschaftsvertrages sei im Zusammenhang mit dem Besuch einer halleschen Delegation in Jiaxing vom 9. bis 16. Mai 2009 geplant.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, fragte aufgrund der Kürzungen der Haushaltsmittel in diesem Bereich nach den entstehenden Kosten für die Reise nach Jiaxing im Mai.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, entgegnete, dass die Kosten des Aufenthaltes in Jiaxing von der chinesischen Seite getragen würden, so dass im Wesentlichen nur Flugkosten entstehen werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung:

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem von der Verwaltung vorgelegten Städtepartnerschaftsvertrag zwischen den Städten Halle (Saale) und Jiaxing zu (s. Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich zugestimmt
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung**

**zu 5.2 Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07420**

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) (IV/2008/07420)
Vorlage: IV/2009/07815**

**zu 5.2.2 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Bodo Meerheim (DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle) zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) - Vorl.: IV/2008/07420
Vorlage: IV/2009/07830**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte, ob die SPD-Fraktion ihren Änderungsantrag nach Ablehnung im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften aufrecht erhalten wolle.

Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass die SPD-Fraktion den Änderungsantrag aufrecht erhalten werde. Diesem wurde sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch im Eigenbetriebsausschuss KITA zugestimmt. Für die sogenannten Leistungsträger dieser Stadt wolle man die Absenkung der Höchstgrenze von 300 € auf 280 € erreichen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte die Gründe der von der Verwaltung vorgeschlagenen Kappungsgrenze in Höhe von 300 €.

Der Bereich der Steuererleichterung für Kinderbetreuungsgebühren wurde auf 4.000 € absetzbare Kosten pro Jahr und Kind erhöht. Dies betreffe die sogenannten Leistungsträger in der Stadt. Die Möglichkeit der Absetzbarkeit wäre hier bei einer Höchstgrenze von 300 € noch nicht einmal ausgeschöpft.

Seitens der Bundesregierung wurde eine Veränderung des § 90 SGB VIII beschlossen. Für den Bereich der Gebühren müssen nun alle Kinder berücksichtigt werden, die Kindergeld beziehen, auch diejenigen, die bereits außerhalb der KITA wären. Anhand eines Beispiels erklärte er die Auswirkungen des § 90 SGB VIII.

Weiterhin machte **Herr Beigeordneter Kogge** deutlich, dass es seit dem Jahr 2003 keine Erhöhung der Gebühren für die Nutzung der Kindertageseinrichtungen gegeben habe. Aus diesem Grund müsse man jetzt die Gebühren anpassen. Auch die von der Verwaltung vorgeschlagene Höchstgrenze von 300 € sei vertretbar. Wenn man diese auf die letzten 6 Jahre umrechnet, ergebe das eine Erhöhung von max. 4 € pro Monat.

Hinsichtlich einer eventuellen versteckten Geschwisterermäßigung konnte **Herr Beigeordneter Kogge** klar stellen, dass nach rechtlicher Prüfung diese nicht vorhanden sei.

Aufgrund der unterschiedlichen Meinungen der Mitglieder des Hauptausschusses sowohl zu dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion als auch zur Beschlussvorlage machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass die Stadt Halle in Sachsen-Anhalt unter dem Gebührendurchschnitt liege. Da gemäß Gesetz die Eltern angemessen an den Gebühren zu beteiligen seien und man sich in der Haushaltskonsolidierung befinde, wurde sie aufgefordert, die Gebühren für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen anzupassen. Dies wäre auch in der Richtlinie zur Haushaltskonsolidierung nachzulesen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte zu den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge nach der Berechnung des bereinigten Nettoeinkommens.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erwiderte, dass er die Berechnung sowie die dazugehörigen Tabellen Herrn Dr. Meerheim schriftlich zuarbeiten werde.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., stellte nachfolgenden Änderungsantrag: „Die Minderausgaben in Höhe von 1,8 Mio. € sind in voller Höhe zu streichen.“

Er begründete die mit der Festschreibung von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, um im Gegensatz zum Jahr 2008 überplanmäßige Ausgaben zu vermeiden.

Anschließend wurde zwischen Verwaltung und Herrn Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., sowie Herrn Bönisch, CDU-Fraktion, über die Entwicklung der Kinderzahlen in der Stadt Halle und daraus resultierend über die Darstellung der 1,8 Mio. € gemäß Änderungsantrag im Haushalt diskutiert. Es sei sehr erfreulich, dass sich die Kinderzahlen erhöht haben. Allerdings könne man dann im Haushaltsansatz 2009 keine niedrigere Zahl anführen als im Ist 2008.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, erklärte die Auswirkungen auf den Haushalt bei Zustimmung des Änderungsantrages von Herrn Dr. Meerheim. Dies würde eine Mindereinnahme von 1,8 Mio. € bei den freien Trägern und dem Eigenbetrieb KITA bedeuten. Infolge dessen müsse aus dem städtischen Haushalt eine höhere Bezuschussung an diese Einrichtungen erfolgen.

Zur Darstellung im Haushalt erklärte er, dass sich die Kindertageseinrichtungen nicht mehr in der direkten Zuständigkeit der Verwaltung befinden. Sie wären auf mehrere freie Träger und den Eigenbetrieb KITA verteilt. Aus diesem Grund könne die Gebührenanpassung nicht konkret bei jeder einzelnen Haushaltsstelle als Einnahmeerhöhung dargestellt werden. Die Beschlussfassung wirke auf der Einnahmeseite der freien Träger und des Eigenbetriebes KITA. Durch die Einnahmeerhöhung verringert sich der Zuschussbedarf entsprechend. Und dieser verringerte Zuschussbedarf werde im Haushalt dargestellt.

Infolge der darauffolgenden Diskussion bezüglich des Änderungsantrages von Herrn Dr. Meerheim wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass dieser im Zusammenhang mit der Gebührensatzung für den Hauptausschuss nicht relevant sei. Wenn einer der Stadträte Fragen oder Änderungswünsche zum Haushalt habe, sollten diese in den entsprechenden Ausschüssen angesprochen und geklärt werden.

Zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion, äußerte die **CDU-Fraktion**, dass man diesen im Grunde befürwortet. Allerdings könne man die unterschiedlichen Aussagen der SPD-Fraktion zu den Mindereinnahmen in Höhe von 30.000 € bzw. 100.000 € nicht nachvollziehen. Aufgrund dessen werde die CDU-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, teilte mit, dass ein Großteil der Stadträte die Geschwisterstafel gern beibehalten hätte. Er bat die Verwaltung, bei entsprechender Gesetzesänderung einen neuen Satzungsentwurf vorzulegen.

Des Weiteren fragte er nach der Regelung zur Tagespflege. Hierzu gebe es keinen Satzungsbeschluss. Seitens der CDU-Fraktion habe man dazu vor ca. 1 Jahr nachgefragt, bei der die Verwaltung eine Änderung zum nächst möglichen Zeitpunkt zugesagt hatte. In der vorliegenden Satzung seien erneut keine Bestandteile für die Tagespflege aufgeführt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte, dass dazu momentan Gespräche mit den Trägern geführt werden. Er gehe davon aus, dass voraussichtlich im Mai 2009 dem Stadtrat die entsprechenden Richtlinien zur Beschlussfassung vorgelegt werden können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Text des § 5 Abs. 5 des vorliegenden Satzungsentwurfs wird durch folgenden Text ersetzt:

„Als Gebührenobergrenze für die Betreuung von mehreren Kindern in Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) werden 280 € pro Monat festgesetzt. Die Festsetzung der Betreuungsgebühr erfolgt beginnend beim ältesten Kind und endet beim jüngsten Kind.“

Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich abgelehnt
3 Ja-Stimmen
4 Enthaltungen**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Änderungsantrages von Herrn Dr. Meerheim.

Beschlussvorschlag:

Die Minderausgaben in Höhe von 1,8 Mio. € sind in voller Höhe zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich abgelehnt
4 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale).

Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich zugestimmt
10 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen**

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Information zum Steinzeitspielplatz am Rosa-Luxemburg-Platz

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte zu o. g. Information mit, dass ein Gesprächstermin am 26.02.2009 mit Herrn Beigeordneten Neumann stattfinden werde, zu dem die Bürgerinitiative und der Förderverein des Landesmuseums für Vorgeschichte eingeladen wurden. Dabei ginge es nicht nur um den Steinzeitspielplatz, sondern auch um den angrenzenden Bolzplatz.

Bei diesem Gespräch werde man sich unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Mittel über die noch ausstehenden notwendigen Arbeiten an dem Spielplatz verständigen. Dabei sei vor allen Dingen auch die Sicherheit der Kinder zu beachten. Der Spielplatz liege neben einer stark befahrenen Straße, so dass ihres Erachtens eine Umzäunung des Spielplatzes notwendig wäre.

In dem Zusammenhang wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass die Verwaltung alle Spielplätze hinsichtlich der Sicherheit überprüfen werde.

Weitere Mitteilungen:

Konjunkturprogramm II

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über den Kenntnisstand zum Konjunkturprogramm II. Insgesamt werden im Land Sachsen-Anhalt 475 Mio. € für den Konjunkturan-schub zur Verfügung stehen. Der Bund beteilige sich mit 356 Mio. €. Die restlichen 25 % werden durch das Land und die Kommunen je zur Hälfte übernommen. Das Land werde mindestens 70 % der Gesamtsumme an die Kommunen zu verteilen.

Landesprojekte sollen in Höhe von 114 Mio. € unterstützt werden. Dabei stünden vor allen Dingen die Bildungsinfrastruktur, wie z. B. Hochschulen, Fachhochschulen, zusätzliche Schulinfrastruktur, Forschung und Entwicklung sowie Informationstechnologie im Vordergrund.

Sie erläuterte, dass ca. 175 Mio. € pauschal in die Kommunen gezahlt - z. B. Schulinfrastruktur - und z. T. über einen Schlüssel nach pro Kopf der Bevölkerung aufgeteilt werden. Über die Vergabe der restlichen Mittel werde anhand der gestellten Anträge durch die Kommunen entschieden. Als Beispiel nannte sie hier Projekte im Bereich KITA und Einrichtungen der Weiterbildung. Berufsschulen sollen allerdings ausgeschlossen sein.

Weiterhin wolle das Land Lärmschutzmaßnahmen und die Kommunikationsinfrastruktur unterstützen.

Jetzt müsse man, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** weiter, die für die Stadt wichtigsten Projekte detailliert und ordentlich einreichen. Sie wies dabei vor allen Dingen auf einen evtl. neuen Standort der Volkshochschule in der Innenstadt hin und die Überlegung der Beschaffung von Laptops inkl. Internetanschluss für die Stadträte.

Seitens der Mitglieder des Hauptausschusses gab es Nachfragen zur Problematik Volkshochschule in Verbindung mit dem Saalekreis, zu möglichen Rückzahlungsverpflichtungen, dem Nachweis der Zusätzlichkeit von Investitionen sowie der weiteren Verfahrensweise hinsichtlich der Beteiligung der Fachausschüsse.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, äußerte Bezug nehmend auf die Volkshochschule, dass es erste Gespräche zwischen der Stadt Halle und dem Saalekreis gegeben habe. Ziel müsse ein attraktiver Standort der Volkshochschule sein. Der Überlegung, die Volkshochschule wieder in die Innenstadt zu verlegen, standen auch die Vertreter des Saalekreises positiv gegenüber. Man gehe davon aus, dass man sich innerhalb des nächsten halben Jahres einigen könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte die vom Bund vorgeschriebene Zusätzlichkeit. Dies bedeute, dass keine Maßnahmen beantragt werden dürfen, die bereits im Haushalt 2009 eingestellt sind. Die Stadt Halle habe zwar noch keinen Haushalt, sie sprach sich aber ausdrücklich dagegen aus, vorgesehene Maßnahmen aus dem Haushaltsplanentwurf zu nehmen und diese über das Konjunkturprogramm zu erfüllen. Es gebe genügend zusätzliche nachhaltige Maßnahmen in der Stadt und die Verwaltung werde sich an das vorgeschriebene Verfahren halten.

Zu möglichen Rückzahlungsverpflichtungen äußerte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die Verwaltung auch hier die Voraussetzungen der Antragstellung ganz genau beachten werde und genügend Maßnahmen im Bereich Kindergärten, Schulen und Straßen notwendig wären.

Zur weiteren Verfahrensweise teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass sich z. B. im Bereich KITA jeder Träger in Abstimmung mit der Verwaltung direkt bewirbt. Bei Bewilligung einer Maßnahme, müsse der Eigenbetrieb KITA bzw. der entsprechende Träger einen Eigenanteil in Höhe von 12,5 % erbringen.

Im Bereich der Schulen werde die Stadt anhand der beschlossenen Prioritätenliste Maßnahmen anmelden. Allerdings stünden hier die Bewilligungen im EFRE-Programm noch aus.

Weiterhin seien die Vergabeverfahren gelockert worden. Maßnahmen könne man jetzt bis zu einer bestimmten Summe beschränkt ausschreiben. Dazu bat sie Herrn Beigeordneten Dr. Wiegand, im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL und HOAI detailliert zu informieren.

Abschließend wies sie darauf hin, dass ausschließlich der Haushalt 2009 berücksichtigt werde. Alle Maßnahmen, bei denen noch keine Fördermittel bewilligt oder ausgezahlt worden sind und nicht im Haushalt bzw. Haushaltsplan 2009 mit Stand vom 27.01.2009 aufgeführt sind, können eingereicht werden.

29. Hansetag 2009 in Welikij Nowgorod

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte darüber, dass die Verwaltung eine Einladung zum 29. Hansetag vom 18. bis 21. Juni 2009 in Welikij Nowgorod erhalten habe. Sie halte die Teilnahme von städtischen Vertretern für ausgesprochen wichtig, um für die Ausrichtung des Hansetages im Jahr 2017 in Halle zu werben, Kontakte zu knüpfen und sich einen Überblick über den Ablauf einer solchen Großveranstaltung zu verschaffen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug die Teilnahme durch Herrn Stadtrat Dr. Fuchs vor, da vor allen Dingen er sich für den Hansetag in Halle eingesetzt habe. Dazu werde die Verwaltung eine entsprechende Vorlage in den Hauptausschuss einbringen.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, fügte hinzu, dass während des Hansetages in Welikij Nowgorod darüber entschieden werde, ob die Stadt Halle für den Hansetages im Jahr 2017 den Zuschlag erhalte. Es sei vorgesehen, dass die Stadt Halle neben Herrn Stadtrat Dr. Fuchs durch Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack, Herrn Voss - Leiter der Stadtmarketing GmbH - sowie Herrn Kohlert in seiner Eigenschaft als Hallore vertreten sein wird.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, machte darauf aufmerksam, dass der Antrag auf Durchführung des Hansetages 2017 in Halle bis Ende Februar 2009 beim Vormann der Hanse, Herrn Saxe, vorliegen müsse.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte, dass ihr der Briefentwurf bereits vorliege und in den nächsten Tagen unterschrieben und an Herrn Saxe fristgerecht gesandt werde.

Friedhof Halle-Neustadt

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erläuterte, dass aufgrund der Bürgerproteste zum Stadtratsbeschluss zur Außerdienststellung des Friedhofes Halle-Neustadt eine Arbeitsgruppe gebildet wurde. Diese habe unter Beteiligung der Kirchengemeinde Passendorfer Kirche Halle-Neustadt/Evangelisches Kirchspiel Halle-Neustadt, des Seniorenrates, des Halle-Neustadt-Vereins, des Quartiersmanagement sowie Vertretern der Fraktionen über eine Kompromisslösung nachgedacht.

Dabei sei man zu folgendem Ergebnis gekommen:

1. Der Stadtratsbeschluss vom 27.08.2008 wird in der beschlossenen Form umgesetzt.
2. Die Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Beschlusses wurden wie folgt modifiziert:
 - Urnenbeisetzungen (Liegezeit 10 Jahre) in vorhandenen Wahlgrabstätten können bis zum 31.12.2028 erfolgen.
 - Erdbestattungen (Liegezeit 20 Jahre) in vorhandenen Wahlgrabstätten können bis zum 31.12.2018 erfolgen.
 - Neue Nutzungsrechte für Urnengrabstätten sowie für Urnengemeinschaftsanlagen können bis zum 31.12.2028 erworben werden, unter der Maßgabe, dass diese spätestens am 31.12.2038 auslaufen.
 - Bereits erworbene Grabnutzungsrechte an Wahlgräbern mit einer Laufzeit über das Jahr 2028 hinaus, können bis zum Jahr 2038 auslaufen und bis zum Jahr 2038 verlängert werden. Nur Verlängerungen darüber hinaus und neue Nutzungsrechte an Wahlgrabstätten werden nicht mehr gestattet.

Die Friedhofsverwaltung werde weiterhin die Pflege der belegten Grabfelder, der Zuwegungen und des begleitenden öffentlichen Grüns gewährleisten.

Alle Beteiligten der Arbeitsgruppe waren mit diesem Kompromiss einverstanden. Spätestens zur nächsten Stadtratssitzung am 25.02.2009 erhalten die Stadtratsmitglieder darüber eine schriftliche Information.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass sie über das erreichte Ergebnis zur Zufriedenheit aller erfreut sei. Gleichzeitig machte sie darauf aufmerksam, dass auch ein Vertreter der SPD-Fraktion gern an diesen Gesprächen teilgenommen hätte. In einer der Stadtratssitzungen wurde seitens der Verwaltung zugesichert, dass alle Fraktionen eingeladen werden. Dies sei nicht geschehen.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass auch ihre Fraktion keine Einladung erhalten habe.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, äußerte, dass er über die Fraktionsgeschäftsstelle über diesen Beratungstermin informiert wurde.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erwiderte, dass der Termin für die nächste Zusammenkunft der Arbeitsgruppe bereits zur Stadtratssitzung am 28.01.2009 feststand und er sich deshalb auf die mündliche Einladung innerhalb seiner Mitteilung zum Thema beschränkt habe.

Weitere Mitteilungen gab es nicht.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Krause, SPD-Fraktion, informierte, dass es an dem ehemaligen Standort des Thalia Theaters an der Thalia-Wiese bis zur Harzmensa katastrophal aussehe - vom Beschnitt der Sträucher und Büsche bis hin zum permanenten Dreck, Müll usw.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beauftragte die Herren Beigeordneten Dr. Wiegand und Neumann (EfA), sich dieser Sache anzunehmen.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, bezog sich auf den Beschluss im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 17.02.2009 zum gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion hinsichtlich der Beiträge der HWG GmbH zur Haushaltskonsolidierung. Infolge dessen habe er darauf hingewiesen, dass das Konzept zum Abbau des Altdefizits ebenfalls neu beschlossen werden müsse. Weiterhin sei seines Erachtens der Antrag der CDU- und SPD-Fraktion und das Konzept nicht ineinander stimmig. Er fragte, ob bis zur nächsten Stadtratssitzung Änderungen im Haushaltsplan erfolgen.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, erklärte, dass erst im Nachgang des gestrigen Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der entsprechende Beschluss im Haushalt fortgeschrieben werden könne. Die Stadträte erhalten dies auch rechtzeitig bis zur nächsten Stadtratssitzung. Er werde versuchen, dass die Stadratsmitglieder den Haushalt bereits am Freitag erhalten.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte nach dem weiteren Umgang zum Bericht des Landesrechnungshofes hinsichtlich der Fraktionsfinanzierungen.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, entgegnete, dass die Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch, das voraussichtlich am 02.03.2009 stattfindet, eingeladen werden. Dort müsse geklärt werden, ob der Landesrechnungshof bestimmte Dinge inhaltlich richtig erfasst habe. Die Fraktionen sollten zu dieser Beratung ihre Einwände bzw. ihren Standpunkt darlegen. Danach gebe die Verwaltung eine entsprechende Stellungnahme zum Prüfbericht an den Landesrechnungshof. Anhand dieser Stellungnahme werde der Landesrechnungshof einen endgültigen offiziellen Bericht erstellen. Nach Eingang des offiziellen Berichtes werde es gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin, der Verwaltung und den Fraktionen nochmals einen Gesprächstermin geben hinsichtlich der zukünftigen Verfahrensweise.

Frau Ilse, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fragte nach dem Sachstand Eissporthalle.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, teilte mit, dass zu dieser Thematik ein Antrag von Herrn Wehrich vorliege. Dazu werde es im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung am 24.03.2009 unter Berücksichtigung des Abschlussberichtes der Wirtschaftsprüferin eine Stellungnahme der Verwaltung geben. Dieser Antrag werde außerdem im Sportausschuss sowie Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften behandelt.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, war von der Antragstellung überrascht. Er habe angenommen, dass die offenen Fragen zuerst in den Fraktionen besprochen werden.

Herr Beigeordneter Neumann schlug vor, Herrn Wehrich zu fragen, ob er mit einer Verschiebung der Antwort auf seinen Antrag einverstanden wäre, um die Problematik erst einmal in der Arbeitsgruppe beraten zu können.

Die Mitglieder des Hauptausschusses erklärten sich damit einverstanden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fügte hinzu, dass Herr Beigeordneter Neumann die Mitglieder der Arbeitsgruppe über das Gespräch mit Herrn Wehrich informieren werde. Der Antrag verbleibe allerdings vorerst auf der Tagesordnung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 51. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin